

Okulare Demokratie revisited

Jeffrey Edward Green

Politische Theorie wird normalerweise als eine vor allem ideologische Praxis verstanden. Der Theoretiker respektive die Theoretikerin legt dar, was Politik seiner oder ihrer Ansicht zufolge sein sollte. Ziele werden identifiziert und polemisch angegriffen. Ein solches Vorgehen ist zugleich Theorie der Politik und selbst politisierte Theorie. Dieser Auffassung von politischer Theorie schließe ich mich voll und ganz an. Meiner Ansicht nach macht dieser Aspekt allerdings nur einen Teil der Arbeit eines politischen Theoretikers oder einer politischen Theoretikerin aus. Zusätzlich zur ideologischen Funktion von Theorie existiert auch das, was als »phänomenologische« Funktion bezeichnet werden könnte: Der politische Theoretiker bzw. die politische Theoretikerin hilft uns dabei, die politische Realität mit größerem Scharfsinn zu *sehen*. Ein solches Verständnis der Aufgabe politischer Theorie kann sich auf die Etymologie des Wortes »Theorie« berufen. Dieses stammt vom griechischen »theoria« ab und bedeutet wörtlich übersetzt »das Anschauen«. So waren die Ersten, die sich selbst als Theoretiker (*theoros*) bezeichneten, keineswegs Philosophen. Es handelte sich bei ihnen um Reisende, welche in die Fremde gingen, um außergewöhnlichen Ereignissen beizuwohnen – Orakeln, religiösen Festen, Theateraufführungen – und anschließend in ihrer Heimat zu berichten, was sie gesehen hatten.¹ In Erfüllung dieser phänomenologischen Funktion gleicht die Arbeit des politischen Theoretikers bzw. der politischen Theoretikerin derjenigen des antiken *theoros*. Sie bringt politische Realitäten ans Licht, die ansonsten im Verborgenen verblieben wären.

1 | Nightingale, Andrea: *Spectacles of Truth in Classical Greek Philosophy: Theory in its Cultural Context*, Cambridge, UK: Cambridge University Press 2004.

Ich betone den Unterschied zwischen dem ideologischen und phänomenologischen Aspekt politischer Theorie deshalb, weil es allzu leicht geschieht, dass ein politisch-theoretisches Werk auf seinen ideologischen Aspekt reduziert wird – also auf das normative Argument, das der Autor vertreten möchte und, dass hierüber sein phänomenologischer Aspekt vergessen wird. Die flüchtige und oberflächliche Behandlung eines Werkes wird sich vermutlich auf dessen primär wichtigste normative Aussagen konzentrieren. Für die Rezeption, die *The Eyes of the People (EOP)* bisher erfahren hat und die zum größten Teil weder flüchtig noch oberflächlich war, bin ich sehr dankbar. Dennoch scheint es mir, dass das zentrale Konzept des Buches, Okulare Demokratie (*Ocular Democracy*), überwiegend im Hinblick auf ideologische Gesichtspunkte behandelt wurde. Freilich ist eine solche Behandlung nicht unsachgemäß, sie ist lediglich unvollständig. Demgemäß werde ich, nachdem ich die ideologischen Grundannahmen von *EOP* dargestellt habe (I), detailliert beschreiben, was ich als seine zentralen »phänomenologischen« Beiträge ansehe (II). Anschließend werde ich darlegen, wie sich mein Verständnis von okularer Demokratie in den fünf Jahren sei dem Erscheinen von *EOP* weiterentwickelt hat (III). Abschließend werde ich die Relevanz des Buches für den deutschen politischen Kontext gegen den Einwand verteidigen, dass Okulare Demokratie im amerikanischen Kontext einschlägiger sei als im europäischen (IV).

I. DIE IDEOLOGIE OKULARER DEMOKRATIE

Der auf das Ideologische reduzierenden Lesart zufolge, die *EOP* schlicht als normative Intervention in das gegenwärtige politische Denken versteht, ist der zentrale Fokus von *EOP* die Betonung eines bisher verkannten Wertes – dem der Offenheit (*candor*). Ich verstehe darunter die Norm, dass politische Führungspersönlichkeiten keine Kontrolle über die Bedingungen ihrer öffentlichen Wahrnehmung ausüben sollen. Anstatt sich einzig darauf zu konzentrieren, was politische Führungspersönlichkeiten sagen und tun, besteht *EOP* auf einem zweiten normativen Maßstab: Wie sich Spitzenpolitiker/-innen auf dem öffentlichen Parkett machen. Gemäß *EOP* braucht es eine Vielzahl von Institutionen, um politischen Führungspersönlichkeiten die Kontrolle über ihr öffentliches Bild zu entreißen: hitzige Debatten und Pressekonferenzen, ein Mehr an

Untersuchungen und Anhörungen² von Führungspersönlichkeiten sowie weitere Mechanismen, die Führungspersönlichkeiten zwingen, in der Öffentlichkeit mit größerer Spontaneität aufzutreten – mitsamt allen daraus folgenden Risiken.

Wie ich in *EOP* ausführe, gibt es mindestens vier distinkte Rechtfertigungen für den politischen Wert der Offenheit.³ Erstens: Offenheit dient dem *intellektuellen* Ziel, Demokratisierung jenseits des vorherrschenden Deutungsrahmens der Repräsentation zu fassen. Offenheit beansprucht nicht, dass die Regierung die grundlegenden Präferenzen der Wählerschaft getreulich umsetzt. Letztlich ist sie davon unabhängig, ob die Wählerschaft überhaupt irgendwelche Präferenzen besitzt. Wüssten wir sicher, wie Repräsentation gemessen und verwirklicht werden kann, bestünde ein nur fragwürdiger Mehrwert darin, ein nicht-repräsentationelles Kriterium für die Bewertung einer Demokratie zu entwerfen. Aber insofern, als Repräsentation immer zu einem signifikanten Grad eine mystische, unüberprüfbare These bleiben wird, ist es nützlich, über das repräsentationelle Paradigma hinauszugehen. Ob Offenheit herrscht und falls ja, in welchem Ausmaß, lässt sich bedeutend leichter verifizieren, als dies in Bezug auf Repräsentation möglich ist. Ohne Repräsentation gänzlich zu verwerfen – ohne abzustreiten, dass die Wählerschaft zuweilen Einfluss auf die Politik nehmen kann –, verspricht die Fokussierung auf Offenheit einen alternativen, zusätzlichen Weg zur Demokratisierung. Ich bezeichne dies als intellektuellen Beitrag, denn in der historischen Perspektive hat die Philosophie der liberalen Demokratie alle Formen der Bürgerbeteiligung – seien es repräsentative oder direkte – fast ausnahmslos als Urheberschaft derjenigen Normen und Umstände verstanden, die das öffentliche Leben bestimmen. Angesichts dieser verengten theoretischen Vorstellung konnte die Möglichkeit von nicht-gesetzesförmigen, nicht mit Urheberschaft verbundenen, nicht-vokalen Arten politischer Macht nur mit Mühe im politischen Denken aufscheinen. Die Idee Okularer Demokratie fordert dieses dominante repräsentationelle Paradigma heraus und ist Teil der Bemühungen, Bürgerbeteiligung in nicht-repräsentationellen Begriffen zu entwerfen. Weil viele Bürger/-innen zu diver-

2 | Im englischen Original: »trial of leader«. D. H.

3 | Green, Jeffrey Edward: *The Eyes of the People*. Democracy in an Age of Spectatorship, Oxford/New York: Oxford University Press 2010 [im Folgenden *EOP*], S. 17-29.

sen Themen nicht einmal über klar artikuliert Präferenzen verfügen, sollte ein Denken jenseits der Repräsentation auch in seiner *progressiven* Funktion verstanden werden. Offenheit kann den einfachsten unter den einfachen Bürgerinnen und Bürgern helfen: Bürgerinnen und Bürgern, denen es nicht nur an der Macht eines politischen Amtes ermangelt, sondern auch an einer gut durchdachten politischen Agenda. Offenheit ist in diesem Fall ein Maßstab für das Empowerment des Volkes, der nicht der Annahme bedarf, dass Bürger/-innen spezifische Bedürfnisse haben, oder dass die Regierung fähig ist, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Offenheit eröffnet einen Raum der Demokratisierung, der eine Reihe von demokratischen Zielen anbietet, die alternativ, besser messbar und in höherem Maße auf politisches Führungspersonal ausgerichtet sind. Zweitens: Auf der ästhetischen Ebene verspricht *EOP*, eine wahrhaft ereignisreiche Politik zu gestalten, die der Aufmerksamkeit ihrer Zuschauer/-innen wert ist: die Logik Okularer Demokratie – und ihrer zentralen Norm der Offenheit – zielt darauf ab zu fragen, was die Zuschauer/-innen *als Zuschauer/-innen* an der Politik interessiert. *EOP* abstrahiert von allen programmatischen Interessen an der Umsetzung spezifischer gesetzgeberischer Ziele. Stattdessen wird geltend gemacht, dass der Zuschauer bzw. die Zuschauerin, unter ansonsten gleichen Bedingungen, lieber live übertragene, spontane, konfrontative, öffentliche Auftritte politischer Führungspersönlichkeiten sehen möchte, als die vorformulierte, zuvor einstudierte, eindimensionale, quasi-propagandistische politische Kommunikation, die in unserem medial bestimmten 21. Jahrhundert vorherrschend ist. Folglich definiert Offenheit, was in der Politik *des Sehens wert ist*.⁴ Dieser Wert – um es noch einmal klarzustellen – erscheint so lange fragwürdig, wie man annimmt, dass der Zuschauerrolle durch eine par-

4 | Durch den Versuch, zwischen besseren und schlechteren Formen politischen Zuschauens zu differenzieren, verfährt *EOP* auf eine Art und Weise, die ungefähr parallel zu derjenigen diskursethischer Theoretiker wie Apel oder Habermas verläuft. Diese argumentieren, dass Sprechakte implizit normative Kriterien enthalten: z.B. Reziprozität, Ehrlichkeit, Respekt und die Annahme der Möglichkeit von Verständigung. Siehe z.B. Apel, Karl-Otto: *The Response of Discourse Ethics to the Moral Challenge of the Human Situation as Such and Especially Today*, Leuven: Peters 2001, S. 45-48. In den Ausführungen zu einer Theorie der Okularen Demokratie argumentiert *EOP*, dass auch das Zuschauen – und nicht nur das Sprechen – seine eigenen ethischen Normen voraussetzt.

tizipativere, entschlossenere, repräsentationsorientiertere Form des politischen Verhaltens entkommen werden kann. Wenn es aber zutrifft, dass sich das moderne politische Leben unausweichlich als Zuschauen vollzieht – wenn die meisten Bürger/-innen sich häufig eher als Zuschauer/-innen denn als Entscheider/-innen mit Politik auseinandersetzen – dann besitzt das ästhetische Anliegen, Ereignishaftigkeit herzustellen, eine wichtige demokratische Funktion. Denn Demokratietheorien sollten ein besonderes Interesse an den alltäglichen Erscheinungsformen des politischen Lebens haben – und falls dieser Alltagsaspekt das Zuschauen ist, ist es dem Demokratietheoretiker oder der Demokratietheoretikerin erlaubt zu fragen: Was macht bestimmte Arten des Zuschauens demokratischer als andere? Wie sähe eine in moralischer Hinsicht bessere Art des Zuschauens aus? Solche Fragen zu stellen bedeutet nicht, zu behaupten, dass Zuschauen dem aktiven Engagement moralisch überlegen wäre. In der Tat denke ich, dass dies nicht im Entferntesten der Fall ist.⁵ Es bedeutet einzig, dass der vergleichsweise geringere Wert des Zuschauens nicht die philosophische Betrachtung dessen ausschließen sollte, was bessere Arten des Zuschauens von schlechteren unterscheidet. Eine moralische

5 | Gelegentlich wurde *EOP* dahingehend verstanden, dass es das Zuschauen verherrlichen würde. So schreibt beispielsweise Landemore, dass der Mangel an Mitspracherecht und genuiner Selbstbestimmung (»lack of voice and genuine self-rule«) in *EOP* als normativ ansprechend zelebriert würde (»celebrated [in *EOP*] as normatively appealing.«). Landemore, Helene: »Neither Blind nor Mute: Why the People Shouldn't Give Up on the Voice«, in: Symposium: Jeffrey E. Green's *The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship*, in: *Political Theory* 42 (2014): S. 192. Ebenso stellt Kohn fest, dass *EOP* in seinem Zugriff auf die Zuschauerfunktion des Massenpublikums [mass spectatorship] in der gegenwärtigen Politik das hoch lobt, was andere Theoretiker/-innen beklagen (»celebrates what other theorists lament.«). Kohn, Margaret: »Review of *The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship*«, in: *Perspectives on Politics* 8 (2010), S. 1211. Allerdings präsentiert *EOP* das Zuschauen als Reflex einer gescheiterten, enttäuschenden Art der Politik. Selbst wenn Zuschauerschaft in eine vergleichsweise gerechtere, demokratischer Richtung weiterentwickelt werden kann – und es ist der Anspruch von *EOP*, diese Weiterentwicklung durch das Prinzip der Offenheit zu konkretisieren – deutet der Zustand, dass die Masse der Bürger/-innen bloße Zuschauer/-innen sind, nichtsdestoweniger auf das anhaltende Problem der Heteronomie in liberal-demokratischen Staaten hin.

Art des Zuschauens zu verstehen ist deshalb wichtig, weil Zuschauer-schaft in jenen einwohnerstarken Flächenstaaten mit komplexer Verwaltung, welche die heutigen liberal-demokratischen Staaten darstellen, zumindest bis zu einem gewissen Grad ein dauerhaftes Element des alltäglichen politischen Lebens ist. *EOP* argumentiert, dass die Ereignishaftigkeit, die durch Offenheit hergestellt wird, definiert, was im Interesse des politischen Zuschauers oder der politischen Zuschauerin als solchem bzw. als solcher liegt und folglich sehenswert ist. Diese Ereignishaftigkeit wird durch das Potential der Offenheit geschaffen, die propagandistische Tendenz öffentlicher Auftritte politischer Führungspersonlichkeiten aufzulösen und diese Auftritte stattdessen unberechenbarer, mühsamer, aufregender und dadurch genuin ereignisreicher zu machen.

Drittens ist Offenheit aufgrund ihres egalitären Wertes wichtig, da sie ansonsten mächtigen Führungspersonlichkeiten besondere Belastungen auferlegt. In *EOP* wird dies als ein »negativer Egalitarismus« bezeichnet, da er nicht auf den geläufigeren egalitären Schwerpunkt des Erreichens von gesellschaftlichen Beziehungen freier und gleicher Bürgerschaft durch Machtteilung unter den Bedingungen kompletter Reziprozität ausgerichtet ist. Viel eher basiert dieser »negative Egalitarismus« darauf, den wenigen Auserwählten, deren Möglichkeiten der politischen Entscheidung und der Ausübung von Macht in einem großen Missverhältnis zu jenen der restlichen Bürger/-innen stehen, gesellschaftlich ausgestaltete Beschränkungen aufzuerlegen. Durch seinen Schwerpunkt, der auf der Beschränkung der Mächtigen liegt, trägt der Egalitarismus Okularer Demokratie etwas vom Erbe des griechischen Brauchs des Ostrazismus in sich. Dieser war selbst eher darauf gerichtet, Eliten zu regulieren als darauf, einfachen Bürgern Gesetzgebungskompetenzen zu übertragen und er belangte die Eliten auch nicht für ein konkretes Fehlverhalten ihrerseits, sondern lediglich für die implizite Bedrohung, die ihre Machtposition in der Gesellschaft darstellte.⁶ Dieser Aspekt einer Politik der Offenheit, mit ihrem expliziten Interesse daran, mächtige politische Eliten auf dem öffentlichen Parkett zu beschränken, ist sicher eines ihrer umstrittensten Elemente. Aber ich denke, dieses Element ist insofern gerechtfertigt, als es in einer demokratischen Gesellschaft keine Führungspersonlichkeit gibt, die eine vollständig legitime Macht besitzt. Dies gilt

6 | Siehe z.B. Forsdyke, Sara: *Exile, Ostracism, and Democracy: The Politics of Expulsion in Ancient Greece*, Princeton: Princeton University Press 2005.

insbesondere nicht, da sich Legitimität heute vorrangig daraus speist, dass Wahlen und die öffentliche Meinung die Fähigkeit besäßen, politische Führungspersonlichkeiten dem Volkswillen gegenüber empfänglich und rechenschaftspflichtig zu machen – was fragwürdig ist. Deshalb ist es angemessen, dass politische Führungspersonlichkeiten kompensatorischen Beschränkungen in der Form ausgesetzt sind, dass sie eine Art von kritischer öffentlicher Aufmerksamkeit ertragen müssen. Eine ähnliche Logik spielte bereits für den von Benjamin Constant am Anfang des 19. Jahrhunderts formulierten Aufruf, Regierungsangehörige regelmäßigen Ermittlungen und Untersuchungsausschüssen auszusetzen, selbst wenn diese kein bestimmtes geschriebenes Gesetz gebrochen hatten, eine Rolle. Constant dachte, dass die potentielle Willkür solch strenger Aufsicht aufgewogen würde durch die besondere Stellung der ministeriellen *Machtfülle*: »The ministers have made a different pact with society. They have voluntarily accepted, in the hope of glory, power or fortune, vast and complicated functions, forming a compact and invisible unity.«⁷

Viertens ist Offenheit wichtig, da sie auf ein alternatives Modell demokratischer Solidarität hinweist. Sie fußt auf der Idee, dass der *Demos*, der in einer Demokratie gestärkt werden soll, fälschlicherweise als vokales, gesetzgebendes Wesen gefasst wird, das politische Inputs für den Staat bereitstellt, die dieser nach Belieben gesetzlich verfügen oder nicht umsetzen kann – als ob der *Demos* eine Regierung hinter der Regierung wäre. Aus der Perspektive Okularer Demokratie wird das Volk theoretisch eher als ein Zuschauer verstanden, der offene politische Auftritte einfordert denn als Wille, der begehrt, in Gesetzen und politischem Vorgehen realisiert zu werden. Die Vorteile einer solchen Rekonzeptualisierung sind, dass der Volksbegriff genuin inklusiver und universeller wird, da die meisten Bürger/-innen eine zuschauerförmige Beziehung zur Politik in viel größerem Ausmaß teilen als gemeinsame Ansichten in Bezug darauf, welche politischen Maßnahmen umgesetzt werden sollten. Um Unklarheiten zu vermeiden, ist es wichtig hervorzuheben, dass *EOP* nicht abstreitet, dass politisch aktive Bürger/-innen ihren Stimmen im Gesetzgebungsprozess Gehör verschaffen können. Jedoch weist *EOP* die Konzeptualisierung dieser Prozesse als eine vom *Volke* ausgehende Selbstregierung zurück, denn was sich in der Regel durchsetzt, ist bestenfalls der

7 | Constant, Benjamin: *Political Writings*, hg. von Fontana, Biancamaria, Cambridge, UK: Cambridge University Press 1988, S. 240.

Einfluss einer Mehrheit (nicht des Volkes), oder sogar noch häufiger der Einfluss gut organisierter politischer Minderheiten. In *EOP* wird vertreten, dass der Begriff des Volkes besser Prozessen vorbehalten werden sollte, die genuiner gemeinschaftlich sind – und deren Funktionsweise besser messbar ist. Andernfalls werden die Normen eines Empowerments des Volkes zu anfällig dafür, in der Praxis unterlaufen oder verwässert zu werden, sei es entweder durch die irreführende Rhetorik politischer Führungspersonen, die ihre Gesetzesentwürfe mit dem, was das Volk will, gleichsetzen, oder durch ihre Selbstgefälligkeit zu glauben, dass Systeme, die einzig auf Wahlen und öffentlicher Meinung aufbauen, schon den vollen Umfang dessen darstellen, was Volkssouveränität bedeuten kann.

Diese vier Wertesysteme erklären nicht nur die Grundüberlegung einer Verteidigung Okularer Demokratie und ihres zentralen Wertes der Offenheit, sie verweisen auch darauf, was an einem solchen Projekt ideologisch kontrovers ist. Okulare Demokratie stellt die Idee der Repräsentation in Frage, und besteht dabei auf der Notwendigkeit neuer Formen der Stärkung des Volkes als politischem Akteur. Sie wirft die Frage nach der Ereignishaftigkeit als authentischem demokratischen Wert auf und macht die Kritik dessen, was Boorstin bereits in den 1960er Jahren den »pseudo-event« nannte, zu etwas, das für die Demokratie genauso wichtig ist wie die seit längerem bestehenden Sorgen, ob das Volk die Möglichkeit besitzt, im politischen System Gehör zu finden.⁸ Mit ihrer Forderung nach einem »negativen Egalitarismus«, der durch die Beschränkung von politischen Führungspersönlichkeiten verwirklicht wird, steht Okulare Demokratie für die Weigerung, irgendeinen Anführer oder irgendeine Anführerin als völlig legitim anzusehen. Und durch die Neufassung des Volkes als Zuschauer interveniert der Ansatz in laufende Debatten um die Ontologie des Volkes.

8 | Boorstin, Daniel: *The Image: A Guide to Pseudo-events in America*, New York: Harper and Row 1964.

II. DER PHÄNOMENOLOGISCHE BEITRAG DER OKULAREN DEMOKRATIE

Es wäre jedoch, wie ich bereits angedeutet habe, verkürzt, *EOP* auf diese ideologischen Anteile zu beschränken. *EOP* ist nicht bloß eine Schrift zur Verteidigung einer Reihe bevorzugter politischer Ziele. Das Buch zielt darauf ab, ein konzeptionelles System bereitzustellen, um die politische Realität neu zu betrachten. Ich stelle nachfolgend fünf Elemente dieses Systems heraus.

Erstens besteht ein – wenngleich häufig übersehenes – Kernelement von *EOP* darin, Argumente dafür zu liefern, dass es seit der modernen Wiedergeburt der Demokratie im späten 18. Jahrhundert eine allgemein verbreitete Art und Weise gab, das Volk und das Wesen seiner Autorisierung zu deuten. Es wurde nämlich angenommen, das Volk sei eine vokale, gesetzgebende Entität mit dem Willen, darauf zu warten, von der Regierung repräsentiert zu werden. Dass es eine herrschende Ansicht bezüglich des Wesens des Volkes und seiner Macht gibt, war nicht immer so eindeutig. Sehr häufig sind Interpreten und Interpretinnen der letzten Generation politischer Theoretiker/-innen so weit gegangen, die Vorstellung eines roten Fadens, der durch die Demokratietheorie verläuft, zurückzuweisen und haben es stattdessen vorgezogen, die Vielfältigkeit der Formen, in denen Demokratie sowohl konzeptionalisiert als auch praktiziert wurde, hervorzuheben.⁹ *EOP* weist diese Analyse zurück, zumindest im Hinblick auf das Volk. Vertreter/-innen ansonsten unterschiedlicher Positionen innerhalb des modernen demokratischen Denkens gelangen alle an den Punkt, an dem sie beteuern – oder, noch häufiger, einfach voraussetzen – dass das Volk in erster Linie Träger gesetzgeberischer Präferenzen sei, eine Regierung hinter der Regierung. Bei der Untermauerung dieses Arguments verfolgt *EOP* die Wiederholung dieses Volksbegriffes bei den grundlegenden Denkern der modernen Demokratie wie Rousseau, Publius, Bentham, James Mill, John Stuart Mill, Tocqueville,

9 | Für eine skeptische Betrachtung bezüglich der Idee einer »klassischen« oder »traditionellen« Demokratietheorie, welche die gemeinsamen Überzeugungen ansonsten höchst unterschiedlicher Autoren und Autorinnen aus dem Kanon der modernen Demokratietheorie beschreibt, siehe z.B. Pateman, Carole: *Participation and Democratic Theory*, Cambridge, UK: Cambridge University Press 1970, S. 20-21.

Bryce und anderen.¹⁰ Zudem macht *EOP* diese gesetzgeberische, vokale Konzeptualisierung des Volkes als eine Hintergrundannahme gegenwärtiger empirischer politischer Verhaltensforschung aus, welche generell den Umstand für gegeben annimmt, das Volk sei in dem Ausmaß souverän, dass die politische Entscheidungsfindung auf seine Wahlentscheidungen und andere vom Volk mitgeteilte Interessen zurückgeht.¹¹ Aber *EOP* behauptet nicht bloß, dass das vokale Modell der Volkssouveränität (das Konzept des Volkes als gesetzgebende Entität) weit verbreitet wäre, sondern, dass es *hegemonial* ist: dass es die theoretische Vorstellung so stark monopolisiert hat, dass selbst Skeptiker/-innen größtenteils unfähig gewesen sind, über dieses Verständnis hinauszugelangen. Diese Dynamik kommt am deutlichsten zum Vorschein, wenn diejenigen, die die Idee des Volkes als gesetzgebende, vokale Entität am stärksten in Frage gestellt haben, paradoxerweise diesem Modell letztendlich doch beipflichten. Um hierfür ein Beispiel zu nennen: Manins Arbeit zur Zuschauerdemokratie weist darauf hin, dass das Volk unter den Bedingungen der gegenwärtigen Massendemokratie tatsächlich die Rolle des Publikums einnimmt – und dennoch schreibt Manin diesem Publikum letztendlich die Fähigkeit zu, souveräne Einschätzungen abzugeben, die in nicht geringem Ausmaß über das politische Programm entscheiden, das die Regierung umsetzt.¹² Oder, um ein anderes Beispiel zu nehmen, ein genauer Beobachter der öffentlichen Meinung wie V.O. Key stellt eben das in Frage, was er als »simplistic conceptions, such as the notion that in some way public opinion exudes from the mass of men and produces guidelines for governmental action« beschreibt – und behält schließlich doch die repräsentative Funktion der öffentlichen Meinung bei, wenn er erklärt »governmental operations [are] in the main in accord with [citizens'] preferences«, denn glücklicherweise würden Mehrheitsentschei-

10 | *EOP*, S. 74-102.

11 | *EOP*, S. 102-105.

12 | Manin denkt, dass Wähler, wenn sie unter Berücksichtigung bisheriger Leistungen einer Regierung retrospektiv wählen, effektiv dazu beitragen können, die Politik einer Regierung zu bestimmen: »In a representative system, if citizens wish to influence the course of public decisions, they *should* vote on the basis of retrospective considerations [...] Through their retrospective judgment, the people enjoy genuinely sovereign power.« Manin, Bernard: *The Principles of Representative Government*, Cambridge, UK: Cambridge University Press 1997, S. 179, 183.

dung und öffentliche Meinung letztlich doch harmonisiert werden: »in the long run majority purpose and public opinion tend to be brought into harmony.«¹³ *EOP* zeigt eine gewisse Faszination für diese Beständigkeit des vokalen Modells der Volkssouveränität in den Werken mancher seiner schärfsten Kritiker. Worauf diese Beständigkeit hinweist, ist, denke ich, die beschränkte Vorstellungskraft politischer Theorie bezüglich der Möglichkeiten einer Stärkung der Position des Volkes: Selbst Skeptiker/-innen sind in ihrer Analyse durch die Unfähigkeit eingeschränkt worden, sich die Macht des Volkes als etwas anderes vorzustellen denn eine Stimme, die gehört wird oder eine Entscheidung, die getroffen wird. Ein Grund für diese beschränkte Vorstellungskraft könnte, wie *EOP* nahelegt, in der sehr langen Tradition einer gedanklichen Verknüpfung zwischen dem Volk mit der Legislative liegen, und dies nicht nur in der direkten Demokratie (in der das versammelte Volk Gesetze erlässt), sondern auch in Staaten mit Mischverfassungen, die über Jahrhunderte hinweg von republikanischen Denkern und Denkerinnen in theoretische Form gebracht wurden, die annahmen, dass das Volkselement des Staates durch die Legislative verkörpert sei.¹⁴ Angesichts der Tatsache, dass solche Verbindungen seit Jahrtausenden – und folglich schon lange vor dem Wiederauftauchen moderner Demokratie – gezogen wurden, ist es möglich, dass die liberale Demokratie zugunsten einer vokalen Ontologie des Volkes als Gesetzgeber befangen war.

EOP steht der vorherrschenden Konzeptualisierung des Volkes als vokaler gesetzgebender Entität freilich höchst kritisch gegenüber. Denn *EOP* argumentiert, dass die Vokalität keineswegs ein offenkundiges oder notwendiges Attribut des Wesens eines Volkes in der modernen repräsentativen Demokratie ist. Eines der bestimmenden Merkmale solcher Regierungsformen besteht gerade darin, dass das Volk normalerweise nicht in der Art und Weise eines Legislativorgans über Sachverhalte entscheidet!¹⁵ Aber unabhängig davon, ob man diese Ontologie einer Macht des Volkes

13 | Key, Valdimir O.: *Public Opinion and American Democracy*, New York: Knopf 1961, S. 409-410, 7, 553.

14 | *EOP*, S. 68-70.

15 | Hier wäre etwa an James Madisons grundlegende Aussage über die Bedeutung der repräsentativen Regierung zu denken: Was diese von der direkten Demokratie unterscheiden würde, sei die »*total exclusion of the people in their collective capacity from any share of [Government]*«. Madison, James: »Federalist

in Form einer legislativen Stimmgewalt befürwortet oder ablehnt, ihre Existenz als dominantes Bild anzuerkennen – und ein wichtiges Element demokratietheoretischen Denkens deutlicher zu erfassen, sowohl heute als auch während der gesamten Geschichte dieses Denkens – ist ein »phänomenologischer« Beitrag des Buches.

Ein zweiter »phänomenologischer« Beitrag, den *EOP* unabhängig von seinen ideologischen Aspekten liefert, betrifft die Idee okularen Empowerments. Unbenommen dessen, ob man, wie es in *EOP* vertreten wird, denkt, dass das Volk als okulare Entität mit einem *gaze* (im Gegensatz zu der traditionellen Darstellung des Volkes als vokalem Wesen mit einer Stimme) verstanden werden sollte: Dass es so etwas wie okulares Empowerment gibt, ist eine wesentliche Annahme, deren Gültigkeit *EOP* beweisen möchte. Die Darstellung des okularen Empowerment ist weniger auf dessen Quelle fokussiert (das heißt, der intrinsischen Macht des Sehens, wie sie sich etwa in der folkloristischen Tradition des »Bösen Blickes« ausdrückt), sie orientiert sich vielmehr an einer Annahme über das Feld, in dem sich Macht manifestieren könnte: Politische Führungspersönlichkeiten dazu zu zwingen, unter Bedingungen öffentlich zu erscheinen, die sie nicht selbst kontrollieren können, stellt eine genuine Kontrolle dieser Führungspersönlichkeiten dar, unabhängig davon, welche politischen Entscheidungen aus einem solchen politischen Prozess auch immer resultieren mögen. Jede und jede, die oder der die Relevanz dieser Beschränkung bezweifelt, muss nur über den Mangel an offenen (*can-did*) öffentlichen Auftritten in der gegenwärtigen politischen Landschaft nachdenken und über die konstanten Bemühungen von Politiker/-innen und ihren Stäben, die Situationen zu begrenzen, in denen Politiker/-innen ungeproben, spontanen und unvorhersehbaren Formen von Öffentlichkeit und Publizität ausgesetzt sind.

In der Entwicklung einer Idee des okularen Empowerments bezieht sich *EOP* stark auf Max Webers Theorie des Charismas. Charismatische Herrschaft ist für Weber diejenige Form legitimer Herrschaft, in welcher man Anführern nicht wegen dem folgt, was sie sagen – und auch nicht wegen ihrer Position in einer präexistenten bürokratischen Hierarchie –, sondern wegen dem, *wer* sie sind: Was sie legitimiert, ist unser Glaube in ihre spezielle Begabung. Soweit ist Webers Theorie allgemein bekannt.

No. 63«, in: Cooke, Jacob E. (Hg.): *The Federalist*, Middletown, Conn.: Wesleyan University Press 1961, S. 428.

Was weitaus seltener wahrgenommen wird, ist, dass es eine quasi-egalitäre Voraussetzung für die Erzeugung charismatischer Herrschaft gibt: Der politische Führer muss öffentlich auftreten und er muss dies darüber hinaus unter Bedingungen tun, die er nicht vollständig kontrollieren kann.

In anderen Worten, das demokratische Gegenstück zu Webers ansonsten elitenzentrierter Beschreibung charismatischer Herrschaft ist Offenheit. Man ist, zumindest in einem soziologisch relevanten Sinn, nur in dem Maße charismatisch, in dem es einem gelingt, eine Anhängerschaft an sich zu binden – aber damit diese Anhängerschaft intakt bleibt, sprich, um Charisma in seiner reinen Form erkennen zu lassen, muss der angehende Charismatiker die Möglichkeit von Indifferenz, Kritik und Schmähungen in Kauf nehmen.

Obwohl die Bedingung offener öffentlicher Auftritte für die Erzeugung charismatischer Herrschaft in den meisten von Webers Schriften zu Charisma, Demokratie und Politik implizit präsent ist, findet sich die vielleicht deutlichste explizite Behandlung dieses Aspekts in Webers Darstellung der antiken hebräischen Propheten. Diese sind in vielerlei Hinsicht der Prototyp des charismatischen Anführers für Weber. Ihre Autorität hing von ihrer Fähigkeit ab, spontan öffentlich zu erscheinen und den kritischen Nachfragen, Tests und oftmals heftigem Widerspruch von Zuschauern und Rivalen, die ebenfalls behaupteten, im Besitz prophetischer Weisheit zu sein, erfolgreich standzuhalten.¹⁶

Durch die Anerkennung dieser anderen Seite des Charismas – seiner Abhängigkeit von offenen Auftritten vor Publikum – entwickelt EOP Webers Konzept der »plebiszitären Führerdemokratie« in eine stärker egalitäre Richtung fort. Für Weber wird Demokratie größtenteils aus der Perspektive des politischen Führers heraus theoretisch erfasst: Webers vorrangige Hoffnung war, dass die im 20. Jahrhundert aufkommenden demokratischen Gesellschaften imstande wären, in Abgrenzung zu den konkurrierenden Typen der Bürokraten und Aristokraten, die für Weber keine echte Berufung zum Anführer hatten, quasi-charismatische Politiker zu erschaffen.

EOP wendet die Perspektive dieser Betrachtung und stellt folgende These auf: In einer modernen Demokratie, in der die meisten Bürger/

16 | Weber, Max: *Ancient Judaism*, übers. von Gerth, Hans H./Martindale, Don, Glencoe, Illinois: Free Press 1952, S. 267-333.

-innen die meiste Zeit Zuschauer/-innen der Politik sind, dürfen wir zumindest hoffen, dass die Wenigen, die substantielle Entscheidungsmacht haben, in die Öffentlichkeit gezwungen werden und den kritischen, stechenden Blick der Öffentlichkeit ertragen müssen, mit all den dazugehörigen Risiken und Unwägbarkeiten. Oder, um die Sache präziser auszudrücken, die Forderung von *EOP* ist, dass wir das Ausmaß, in dem solche offenen Auftritte stattfinden, als wichtige und bislang vernachlässigte Maßeinheit für Demokratie und das Empowerment des Volkes ansehen sollten. Während Weber das größte Versprechen der Demokratie in ihrer Fähigkeit sieht, charismatische Anführer hervorzubringen, anerkennt und bekräftigt *EOP* die offenen Formen politischer Kommunikation, die als Voraussetzung für jeglichen nicht-propagandistischen, aufrichtig verdienten Anspruch auf charismatische Autorität bestehen müssen, und spricht diesen eine zentrale Stellung zu. Was das zudem bedeutet, ist, dass okulare Macht sich dadurch unterscheidet, dass sie mit der traditionellen Annahme bricht, dass das Objekt des Empowerments der Bürger das *Gesetz* sein muss: bedeutende Entscheidungen über die Politik, die das öffentliche Leben steuern. Das Objekt okularer Macht sind viel eher die politischen *Führungspersonen*: Die Kontrolle darüber wie, wann und unter welchen Bedingungen diese auftreten.

Zugegebenermaßen verfügt das Volk nicht in dem Ausmaß über okulares Empowerment, wie es über eine Stimme hinsichtlich dessen verfügt, was getan werden soll. Okulare Macht ist stattdessen insofern ein negatives Ideal, als Offenheit dadurch definiert ist, dass ein politischer Anführer *nicht* die Kontrolle über die Bedingungen seines öffentlichen Auftretens besitzt (sprich, *candor* setzt nicht voraus, dass das Volk auswählt, was diese Bedingungen sein sollen).

Sofern okulare Macht in der Politikwissenschaft ein Novum darstellt und deshalb seltsam oder anderweitig schwer zu akzeptieren erscheinen könnte, sollte davon Notiz genommen werden, dass andere Disziplinen außerhalb der Politikwissenschaft schon seit langem die Macht des Sehens und die Entmachtung, die mit dem Gesehenwerden einher geht, erkannt haben. Diese Betrachtungen umfassen den göttlichen Blick, wie er in der theistischen Theologie theoretisiert wurde, Freuds und Lacans Konzept des Ideal-Ichs (der Person, deren Blick das hypothetische Publikum darstellt, vor dem man performt), Sartres Konzept des »le regarde« (der Blick, der eine Person objektiviert und ihm oder ihr potentiell die Handlungsfähigkeit raubt), Foucaults Konzept der Disziplinarmacht, wie

sie sich in panoptischen Strukturen ereignet, in denen einen die ständig präsente Möglichkeit der Überwachung gefügig und produktiv macht und Laura Mulveys These vom männlichen Blick, der, wie sie annimmt, neben anderen Absatzmärkten auch Hollywoodfilme dominiert, indem er einen männlichen Referenzrahmen voraussetzt. Diese wichtigen Beispiele für okulares Empowerment in anderen Disziplinen als der Politikwissenschaft erinnern uns daran, dass *EOP* in seiner Theoretisierung okularer Macht keinesfalls einzigartig ist, wenngleich auch das Buch diese Idee in die Untersuchung demokratischer Politik importiert und das Konzept dadurch auf eine klar politische und egalitäre Art und Weise entwickelt.

Eine dritte Art und Weise, in der *EOP* darauf zielt, zur Wahrnehmbarkeit von Politik beizutragen, hat eher mit seiner Bestimmung und Wiederherstellung einer *plebiszitären* Tradition demokratischen Denkens zu tun als mit dem schlichten Vorbringen ideologischer Argumente. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat plebiszitäres Denken (*plebiscitarianism*) eine rein negativ konnotierte Bedeutung. Entgegen der wortwörtlichen Bedeutung von Plebiszit als »Entscheidung des Volkes« weist das Plebiszitäre (*plebiscitarianism*) in der gegenwärtigen Theorie in der Regel auf eine Scheindemokratie hin, in der vordergründig akklamatorische Prozesse echte Volkssouveränität untergraben und die Bedingungen für mächtige Individuen schaffen, um in quasi-cäsaristischer Art und Weise zu herrschen. Ohne diese Darstellung plebiszitärer Verhältnisse gänzlich zurückzuweisen, ist *EOP* doch bestrebt, sie sowohl präziser zu beschreiben, als das allgemein der Fall ist, als auch die Idee eines normativ-plebiszitären Theoretikers bzw. einer Theoretikerin wieder einzuführen, der/die sich unter solchen Bedingungen um moralisch bessere Resultate bemüht. Definitorisch stellt *EOP* plebiszitäre Bedingungen als Bedingungen dar, die fünf miteinander in Beziehung stehende Dynamiken beinhalten: Die Medialisierung politischer Kommunikation, die Personalisierung politischer Macht, eine erweiterte Verfügungsfreiheit politischer Führungspersönlichkeiten in der Ausübung ihrer Macht, eine Gestaltungsmacht politischer Führungspersönlichkeiten hinsichtlich der Bildung der öffentlichen Meinung und schließlich die konsequente Darstellung der *Vox Populi* als einer größtenteils trivialen und fiktiven Entität.¹⁷ Jenseits der Definition plebiszitärer Bedingungen argumentiert *EOP*, dass es tatsächlich eine plebiszitäre Tradition der politischen *Ideengeschichte* gibt, die

diese Bedingungen nicht nur akzeptiert, sondern die auch die bestmöglichen Ergebnisse eines Agierens unter diesen Bedingungen anstrebt. Die zentrale Figur dieser Tradition ist, wie ich bereits angedeutet habe, Max Weber, dessen Idee einer *plebiszitären Führerdemokratie* mit ihrem Fokus auf der Hervorbringung charismatischer Führungspersönlichkeiten implizit die Norm der Offenheit als alternatives, nicht-repräsentatives Kriterium für das Empowerment des Volkes enthält. *EOP* bezieht sich auch auf andere Autoren dieser oft vergessenen plebiszitären Tradition, einschließlich Shakespeare (dessen Römerdramen plebiszitäre Verhältnisse dokumentieren, die Norm der Offenheit andeuten und die Weber beeinflusst haben), Benjamin Constant (der zu Beginn des 19. Jahrhunderts gründliche investigative Nachforschungen vorschlug, denen Politiker regelmäßig unterzogen werden sollten, welche, wie er erkannte, im Staat eine Position innehatten, die sich fundamental von derjenigen der normalen, größtenteils in einer Zuschauerrolle sich befindenden Bürgern unterschied), Carl Schmitt (dessen totalitäre Verkürzung plebiszitärer Demokratie [*plebiscitarianism*] möglicherweise der wichtigste Grund dafür ist, dass diese später in Verruf geraten ist) und Joseph Schumpeter (der klar der Weberschen Tradition folgte, Demokratie neu zu betrachten, nämlich so, dass sie eher die Regulierung politischer Führungspersönlichkeiten involviert als die Repräsentation von Volkes Stimme, auch wenn er sich selbst nicht als Denker der plebiszitären Demokratie bezeichnete). Folglich ist einer der Ansprüche von *EOP*, die Möglichkeit anzudenken, dass plebiszitäre Demokratie eine gangbare (sprich nicht-totalitäre, nicht-illiberale) Interpretation demokratischer Politik bietet, die es verdient, Teil der gegenwärtigen Debatten über die Demokratie zu sein, ob man sich nun mit plebiszitärem Denken identifiziert oder nicht. Die Wiedergewinnung und Weiterentwicklung dieser übermäßig geschmähten früheren Tradition eröffnet eine neue Alternative innerhalb des zeitgenössischen demokratischen Denkens – die, wie in diesem Kontext erwähnt werden sollte, in besonderem Maße dem deutschsprachigen politischen Denken verpflichtet ist.¹⁸

18 | Mit *EOP* als einem Hauptvertreter wird die Idee einer gangbareren Form des Plebiszitarianismus, wenn auch auf kritische Art und Weise, in Nadia Urbinatis aktuellem Buch behandelt: *Democracy Disfigured: Opinion, Truth, and the People*, Cambridge, MA.: Harvard University Press 2014, S. 171-227.

Viertens verteidigt *EOP* nicht nur Offenheit – die Norm, dass politische Führungspersonen nicht die Kontrolle über die Bedingungen ihres öffentlichen Auftretens besitzen sollen –, *EOP* stellt auch deutlich heraus, dass dieses Ideal nicht identisch mit anderen, geläufigeren liberal-demokratischen Normen wie derjenigen der Transparenz ist. Was Offenheit besonders macht, ist, dass es nicht *die Informationen über*, sondern die *politischen Führungspersonlichkeiten selbst* sind, die einer kritischen Öffentlichkeit ausgeliefert werden. Sicher ist unter ansonsten gleichbleibenden Bedingungen zu erwarten, dass durch Offenheit eher mehr als weniger Informationen in Erfahrung gebracht werden und dass diese Informationen eher zutreffend sind als falsch. Aber es gibt Situationen, in denen Transparenz und Offenheit auseinanderstreben. Zum Beispiel in der Frage, ob eine Debatte zwischen Kandidaten und Kandidatinnen um das Amt des Regierungschefs bzw. der Regierungschefin so organisiert werden sollte, dass Dritte (z.B. Moderatoren oder Moderatorinnen und das Publikum) den Kandidierenden Fragen stellen können, oder ob diese Debatten ein fortgesetztes Kreuzverhör der Kandidaten und Kandidatinnen untereinander beinhalten sollten. Der erstere Vorschlag liefert mit größerer Wahrscheinlichkeit Informationen, ist der Offenheit aber weniger zuträglich, während der letztere Vorschlag Gefahr läuft, weniger nützliche Informationen zu politischen Sachthemen zu Tage zu fördern, jedoch deutlich offener ist, da er politische Führungspersonlichkeiten Umständen aussetzt, die mit größerem Risiko behaftet, kontroverser und unsicherer sind. *EOP* favorisiert daher die letztere Variante gegenüber der ersteren.¹⁹ Das Argument, das ich hier vorbringen möchte, ist schlicht, dass *EOP* durch die Verteidigung von Offenheit diesen Begriff zugleich definiert und ihn von anderen ähnlichen, jedoch trotzdem unterschiedlichen Normen abgrenzt, die die Öffentlichkeit und demokratische Werte in Einklang bringen sollen. Im ständigen Bemühen darum, die politische Kommunikation zu demokratisieren, müssen wir das Ausmaß, in dem wir Führungspersonlichkeiten einer kritischen Öffentlichkeit aussetzen wollen, mit dem Umfang an Informationen in Einklang bringen, die wir von ihnen erhalten wollen. Ungeachtet seiner ideologischen Position macht uns *EOP* auf die Bedeutung dieser Alternative aufmerksam.

Und schließlich führt *EOP* das Konzept eines »Machiavellismus des Volkes« ein: Die Idee, dass das tragische, sogenannte *Dirty-Hands*-Modell

der politischen Verantwortung – welches einen Bruch zwischen politischer Ethik und Ethik als solcher geltend macht – auf der Ebene der Ethik der normalen Bürger/-innen zur Anwendung gebracht werden sollte. *EOP* argumentiert, dass dieses Modell historisch gesehen auf den Bereich der Ethik politischer Führungspersönlichkeiten beschränkt war. Die einflussreichsten Denker in der Tradition des *Dirty-Hands*-Modells – wie Thukydides, Machiavelli und Weber – sind davon ausgegangen, dass es nur die wenigen Mächtigen sind, die ihre Seelen beflecken müssten (dadurch, um Machiavellis passenden Ausspruch zu bemühen, dass sie »die Fähigkeit erlernen, nicht gut zu sein«²⁰) um ihren politischen Gemeinwesen zu dienen: Zum Beispiel, wenn die Situation dies erfordert, ethisch so zweifelhafte Dinge zu tun wie zu lügen, zu täuschen, zu töten und die Macht zu ergreifen. *EOP* argumentiert, dass, falls es eine dergestalt moralisch problematische Form politischer Ethik gibt, es unlogisch ist – oder zumindest dem Geist der Demokratie widerspricht – wenn es nur die wenigen Mächtigen sind, die etablierte moralische Normen überschreiten dürfen. In anderen Worten, was geschehen muss, ist, dass die zeitgenössische Demokratietheorie das machiavellistische Projekt ausweitet und danach fragt, welche Verhaltensweisen und welche Verpflichtungen einen Machiavellismus für den normalen Bürger und die normale Bürgerin definieren. *EOP* trägt zu diesem Bestreben durch den Vorschlag bei, dass der Wunsch, die wenigen Mächtigen auf dem öffentlichen Parkett belastet und manchmal leidend zu sehen, eine Verpflichtung ist, die sicherlich moralischen Befindlichkeiten als gemein oder neidvoll widerstreben wird, die aber nichtsdestotrotz notwendig für die Kontrolle von politischen Führungspersönlichkeiten ist, deren Autorität niemals vollständig legitim ist. Doch selbst wenn der Leser oder die Leserin weder diesen spezifischen Vorschlag noch überhaupt die generelle Notwendigkeit akzeptiert, die Nutzung des Machiavellismus auf das Volk auszuweiten, so klärt *EOP* doch zumindest, auf welche Art und Weise die *Dirty-Hands*-Tradition bis heute in ihren einflussreichsten Anwendungen eine elitäre ist. Diese Einseitigkeit des politischen Realismus zu erkennen, und vielleicht, sie als Problem zu verstehen, ist ein Beitrag, den *EOP* unabhängig von seinen ideologischen Argumenten über die Zukunft der Demokratie leistet.

20 | Vgl. Machiavelli, Niccolò: *Il Principe*/Der Fürst, übersetzt und herausgegeben von Philipp Rippel, Stuttgart: Reclam Verlag 2007, S. 119.

Zusammen stellen diese fünf Bestandteile das dar, was die Interpretation Okularer Demokratie in *EOP* denjenigen Studentinnen und Studenten der Politikwissenschaften bieten kann, die seiner grundlegenden programmatischen Schwerpunktsetzung darauf, politische Führungspersönlichkeiten offenen Formen von Öffentlichkeit auszusetzen, ansonsten skeptisch gegenüberstehen.

III. OKULARE DEMOKRATIE SECHS JAHRE NACH *THE EYES OF THE PEOPLE*

In den sechs Jahren seit seinem Erscheinen haben mir die verschiedenen Rezensionen und Symposien zu *EOP* sowohl geholfen, einige Grenzen des Ansatzes zu erkennen, als auch Punkte zu verdeutlichen, die in dem Buch nicht in vollem Umfang behandelt wurden.

Die größte Einschränkung, die meiner heutigen Ansicht nach in Bezug auf *EOP* gemacht werden muss, ist, dass in dem Buch ein enger Machtbegriff verwendet wird. Es konzentriert sich fast ausschließlich auf das formale Innehaben politischer Ämter und behandelt beispielsweise die Auswirkung wirtschaftlicher Macht im liberal-demokratischen Staat nur in sehr geringem Umfang. Die Ereignisse der letzten fünf Jahre – vor allem die Occupy-Bewegung und das wachsende Bewusstsein darüber, wie sich ökonomische Ungleichheiten im Laufe der letzten Generation in nahezu allen liberalen Demokratien vergrößert haben – hat die Grenzen des Ansatzes nur noch enger gezogen. Daher befasse ich mich in der Fortsetzung zu *EOP*, *The Shadow of Unfairness*, mit den wirtschaftlichen Eliten – und im Besonderen mit dem, was ich für einen unvermeidbaren Zustand unter plutokratischen Verhältnissen halte. Nämlich, dass ökonomische Ungleichheiten in einem bedeutenden Ausmaß öffentliche Räume infizieren werden, die sie laut Befürwortern liberaler Demokratien nicht berühren sollten: vor allem die Bereiche der Bildungschancen und der politischen Einflussmöglichkeiten. Genauso wie ich in *EOP* argumentiert habe, dass es eine Bedingung der Demokratie ist, den politisch Mächtigen in der Öffentlichkeit Beschränkungen aufzuerlegen, plädiere ich in *The Shadow of Unfairness* dafür, dass die Reglementierung der ökonomisch Begünstigten (sprich, der Superreichen) durch verbindliche

Akte gesetzlich geregelter »Noblesse oblige« zu Recht eine Bedingung der Demokratie darstellt.²¹

Den Schwerpunkt meiner Machtanalyse über das formelle Innehaben politischer Ämter hinaus auszuweiten hat mich auch dazu bewogen, das theoretische Paradigma, das meinen Beitrag zur Demokratietheorie zusammenfasst, als »plebejisch« anstatt wie vorher als »plebiszitär« zu bezeichnen. Das Problem mit letzterem Begriff ist nicht nur, wie ich erwähnt habe, dass er seltsamerweise auf eine der wortwörtlichen Bedeutung entgegenstehende, und daher verwirrende Art verwendet wird: sowohl Kritiker/-innen plebiszitärer Demokratie, als auch diejenigen, die – wie ich – den Begriff rehabilitieren wollen, verstehen »plebiszitäre« Bedingungen so, dass diese eine Politik kennzeichnen, die das Zustandekommen eines authentischen Volkswillens nicht oder nur in geringem Maße ermöglicht, wobei die wörtliche Bedeutung von »Plebiszit« ja gerade die Entscheidung des Volkes beinhaltet. Zudem ist problematisch, dass »plebiszitär« einen enger gefassten Machtbegriff andeutet, welcher das Innehaben politischer Ämter ins Zentrum rückt. Im Gegensatz dazu weist Plebejanismus auf eine weiter gefasste Problematik hin, in der gewöhnliche Bürger/-innen nicht nur größtenteils reine Zuschauer/-innen des tagtäglichen politischen Betriebs sind, sondern in der sie ihre Gewöhnlichkeit zumindest im Durchschnitt und teilweise auch als etwas begreifen, das aus einem eher mittelmäßigen Niveau ökonomischen Wohlstands resultiert. Beide Bücher, *EOP* und *Shadow of Unfairness*, können als Neuauflage und Umkehrung von Juvenals berühmter Anklage der römischen Plebejer verstanden werden. Juvenal warf den Plebejern vor, ihre politische Freiheit für zwei jämmerliche Hoffnungen zu opfern: Brot und Spiele.²² Metaphorisch und progressiv gelesen (und zudem in Verbindung mit gewissen historischen Fakten über die römischen Plebejer, die Juvenal nicht bedacht hat), nimmt das Verständnis von »Brot und Spielen« folgende Gestalt an: in einer Welt, in der umfassende demokratische Teilhabe und Gleichheit nicht vollständig realisiert werden können, kann sich das Empowerment des Volkes nicht länger auf seine traditionelle Selbstgesetzgebung beschränken, sondern es sollte auf zwei zusätzliche Arten verfolgt werden. Einerseits im *okularen Bereich der Erscheinung* (nicht nur

21 | Green, Jeffrey Edward: *The Shadow of Unfairness: A Plebeian Theory of Liberal Democracy*, Oxford/New York: Oxford University Press 2016.

22 | Juvenal, *Satires*, 10. S. 77-81.

Zirkus [circus] und Spiele, sondern ein wachsames Ausspähen politischer Anführer/-innen, so dass deren Projekte und Persönlichkeiten unter den kritischen Blick öffentlicher Überwachung fallen) und andererseits im *Ökonomischen* (nicht nur kostenloses Brot für die Bürger/-innen, und nicht nur Sozialhilfe für die Bedürftigen, sondern diverse wirtschaftliche Beschränkungen, die den wohlhabendsten Mitgliedern als Entschädigung für ihre niemals völlig verdienten und niemals völlig unschädlichen glücklichen Umstände Beschränkungen auferlegen). In anderen Worten kann mein aktuelles Buchprojekt, *The Shadow of Unfairness*, als eine progressive Neuinterpretation der »Brot«-Komponente des Plebejanismus gesehen werden, während mein erstes Buch, *The Eyes of the People*, als eine progressive Neuinterpretation der »Spiele«-Komponente gesehen werden kann. Zusammengefasst zielen diese Bücher darauf ab, den Plebejanismus zu einem tragfähigen und tatsächlich überzeugenden Rahmen für das Verständnis der Natur – sprich der Grenzen aber auch der Möglichkeiten – liberal-demokratischer Regierungssysteme zu machen.

Die vielleicht energischste Infragestellung, der sich *EOP* gegenüber sieht, wurde von denen geäußert, die meinem Anliegen, mich jenseits eines Verständnisses von Demokratie zu bewegen, das in der Metaphysik des Volkswillens gründet, wohlwollend gegenüberstehen, die sich aber gewundert haben, warum ich es für nötig hielt, mich überhaupt auf die Idee der Volkssouveränität zu beziehen. Dieser Punkt wurde besonders stark von Schwartzberg vorgebracht, die argumentiert, dass ich durch den Versuch, die Idee der Souveränität auf okularer eher denn auf vokaler Ebene zu reformulieren – anstatt dieses Konzept ganz zu verwerfen – erstens Gefahr laufe, in Widerspruch mit meinem generellen Standpunkt zu geraten, was die Offenlegung heteronomer Bestandteile des alltäglichen politischen Lebens betrifft und zweitens, dass ich ein schwer zu verifizierendes, spekulatives Makrosubjekt des Volkes (die Masse der einfachen Bürger/-innen in ihrer Eigenschaft als *Kollektiv*) verwende, demgegenüber man zurecht skeptisch sein könnte. Warum nicht, so ihr Vorschlag, die Nüchternheit walten lassen, von welcher die anderen Aspekte meiner Kritik an der Demokratietheorie durchdrungen scheinen und schlicht auf die Metaphysik der Volkssouveränität verzichten? Was wäre schließlich verloren, fragt Schwartzberg, wenn ich lediglich von den Augen »eines Aggregates oder einer Masse von Bürgern und Bürgerinnen« spräche, anstatt mich auf das Volk zu beziehen? Warum also nicht einfach den

Begriff von Souveränität insgesamt aufgeben – und, vor allem, den problematischen Begriff des Volkes, auf dem er basiert?²³

Dieser Kritik zu begegnen erlaubt mir zu verdeutlichen, warum ich den Begriff des Volkes als wesentliches Element der Demokratie ansehe.²⁴ Es ist nicht nur die Etymologie des Wortes Demokratie, die es erforderlich zu machen scheint, dass die demokratischen Bürger/-innen ein gewisses lebendiges Verständnis des *demos* besitzen. Konkreter ist der Verlust eines sinnvollen Verständnisses von Volk [*peoplehood*] zugleich der Verlust nicht-atomistischer Zugänge zum Empowerment. Dies würde eine unerwünschte Entleerung der Bedeutung von Demokratie darstellen, da es historisch gesehen ein zentrales Versprechen der Demokratie war, dass der/die einfache Bürger/-in mit einer größeren Entität – dem Volk – verbunden sein würde, und dass, zusätzlich zur Erwägung der privaten Interessen des Individuums, der Wille des Volkes geformt und durchgesetzt werden würde. Rousseau greift diesen doppelten Aspekt demokratischen Empowerments – seine individuellen und seine kollektiven Komponenten – in der Annahme des demokratischen Bürgers bzw. der demokratischen Bürgerin auf, der oder die sich nach dem Einbringen der eigenen Präferenz in einer politischen Entscheidung dem Mehrheitswillen als dem Willen des Volkes stellen muss. Und der Wille des Volkes ist etwas, dem der Bürger bzw. die Bürgerin seine oder ihre eigene Präferenz anpassen muss: »When, therefore, the opinion contrary to my own prevails, this proves only that I have made a mistake, and that what I believed the general will was not so.«²⁵ Ohne ein bedeutungsvolles Verständnis des demokratischen Volksbegriffes denken heute nur wenige in solchen Begriffen. Man muss Rousseaus Demokratietheorie nicht im Detail akzeptieren – und ganz bestimmt nicht seine Darstellung der *volonté générale* – um eine gewisse Nostalgie und legitime Sehnsucht nach einer demokratischen Gesellschaft zu zeigen, in

23 | Schwartzberg, Melissa: »Superhuman Vision: Beyond the Gaze«, in: Symposium: Jeffrey E. Green's *The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship*, in: *Political Theory* 42 (2014): S. 191.

24 | Das hier vorgebrachte Argument orientiert sich stark an meiner Antwort auf Schwartzberg: J.E. Green, »Reply to Critics«, in: Symposium: Jeffrey E. Green's *The Eyes of the People: Democracy in an Age of Spectatorship*, in: *Political Theory* 42 (2014): S. 213.

25 | Rousseau, Jean- Jaques: *The Social Contract*, übers. von Cranston, Maurice, London: Penguin, 1968, IV.2, S. 153.

der einem gewöhnlichen Bürger bzw. einer gewöhnlichen Bürgerin *zwei* Möglichkeiten des Empowerments offen gestanden haben: Die eine durch die Möglichkeit, die eigenen Präferenzen als individuell zu äußern, die andere in der Befriedigung darüber, dass die besondere Gemeinschaft, zu der man gehört – der *Demos* – herrscht, weil man in einer Demokratie lebt. Weil ich denke, dass ein Teil des Versprechens der Demokratie dieses doppelte Empowerment des gewöhnlichen Bürgers und der gewöhnlichen Bürgerin – sowohl als Individuum, als auch als Angehörige/-r des Volkes – ist, denke ich, dass Schwierigkeiten mit dem dominanten Paradigma der Volkssouveränität als vokalem Prozess zu einer Revision, aber nicht zu einer Preisgabe unseres Verständnisses von Volk führen sollten: konkret, zur Neuformulierung der Volkssouveränität in okularer Form.

Eine weitere Entwicklung in meinem Verständnis Okularer Demokratie war die klarer werdende Erkenntnis, dass die Idee nicht als eine einzig auf das Volk zielende Philosophie ausgelegt werden muss, die der Maximierung des Einflusses, den das Volk ausübt, verpflichtet ist. Stattdessen könnte Okulare Demokratie auch unter manchen politischen Führungspersönlichkeiten Adressaten und Adressatinnen finden, die glauben, dass sie die Risiken eines offenen öffentlichen Auftretens erfolgreich meistern können, da diese Führungspersönlichkeiten die Aussicht darauf, zusätzliche Legitimität zu gewinnen, attraktiv finden würden. Vor allem das Vorstellen von *EOP* an chinesischen Universitäten im Jahr 2011 hat mir verdeutlicht, dass Offenheit den Regierungschefs eines Regimes die Möglichkeit bietet, sich und ihren Programmen größere Legitimität, größere öffentliche Unterstützung und ein unter Demokratieaspekten höheres Ansehen in den Augen der internationalen Gemeinschaft zu erwerben, selbst in einem Regime, in dem die Spitzenpolitiker/-innen nicht erwarten müssen, ihre Macht durch eine Wahl zu verlieren. Während Offenheit das Risiko öffentlicher Auftritte, die nicht von oben durchgeplant sind, beinhaltet, verleiht sie denjenigen Regierungschefs und Beamten bzw. Beamtinnen, die sich ihr erfolgreich öffnen, eben dadurch auch größere Autorität. Durch die Anerkennung des Potentials, das Offenheit im Hinblick auf die Verleihung charismatischer Legitimität an Politiker/-innen besitzt, wiederhole ich gewissermaßen nur Webers ursprüngliche Theorie, der zufolge eine lebhafte demokratische Öffentlichkeit der Übungsplatz für die Generation genuiner quasi-charismatischer politischer Anführer sein könnte. Jedoch spreche ich das Thema potentieller Vorzüge von Offenheit für Spitzenpolitiker/-innen, die in ihr erfolgreich bestehen

können an, um zwei Punkte zu verdeutlichen, die in *EOP* nicht ausgeführt wurden. Dass manche Spitzenpolitiker/-innen Offenheit attraktiv finden könnten, erklärt erstens, wieso die Art von Reformen, für die in *EOP* plädiert wird, als realistisch erreichbar und nicht als bloße Utopie angesehen werden können. Es deutet in anderen Worten an, wie Befürworter/-innen okularer Demokratisierung und bestimmte mächtige politische Führungspersönlichkeiten, die ansonsten nicht per se der Demokratie verpflichtet sind, sich auf die Unterstützung solcher Reformen einigen könnten, die ein größeres Ausmaß an Offenheit in der Politik etablieren. Zweitens zeigt die potentielle Attraktivität, die offene Formen von öffentlichem Auftreten auf Spitzenpolitiker/-innen ausübt ein weiteres Anwendungsgebiet Okularer Demokratie jenseits des liberal-demokratischen Paradigmas an, auf das sich meine Überlegungen in *EOP* beziehen. Das soll heißen, dass Offenheit nicht nur eine Rolle in der Förderung des Empowerments von Bürger/-innen in liberal-demokratischen Regimen spielen könnte (indem sie über die reine Wahlpolitik hinausgeht und sich zugleich auf die Umstände konzentriert, unter denen politische Führungspersönlichkeiten auftreten), sondern auch in der Demokratisierung des öffentlichen Lebens nicht-liberaler oder nicht-elektoraler autoritärer Regime.

Als ein Beispiel des letzteren Prozesses wäre Venezuela unter der Präsidentschaft von Hugo Chaves (1999-2013) zu betrachten. Chavez Venezuela wird im Allgemeinen nicht als klassische liberale Demokratie nach dem Amerikanischen oder Europäischen Modell betrachtet, da Venezuelas politisches System ein stärker ausgeprägtes autoritäres Element beinhaltet als die anderen genannten demokratischen Staaten. Selbst wenn dies zuträfe, so ist es nichtsdestotrotz der Fall, dass Chavez sich weitaus mehr Formaten eines durch Offenheit bestimmten öffentlichen Auftretens ausgesetzt hat als Führungspersönlichkeiten anderer demokratischer Staaten. Seit 1999 moderierte Chaves seine eigene Fernseh-sendung, in der er unter anderem live Zuschaueranrufe beantwortete, in denen ihm gewöhnliche Bürger/-innen Fragen stellten. Da diese Ereignisse live übertragen wurden, waren sie weitgehend unkontrolliert. Gelegentlich kritisierten Anrufer/-innen die Regierung. Zuschauer/-innen konnten ihren Staatschef dabei beobachten, wie er spontan reagieren²⁶ und ohne die übliche Inszenierung und Manipulation auf Ereignisse ein-

26 | Im Original »thinking on his feet«, D.H.

gehen musste, während diese sich vollzogen. Dass sich Chavez lange Jahre auf seine Fernsehsendung verlassen hat – die bis zu seiner Krankheit mehrmals die Woche gesendet wurde – kann als Beleg dafür verstanden werden, dass Chavez ihren politischen Wert für ihn persönlich und für das Regime, das er geführt hat, erkannt hat. Es demonstriert vielleicht, wie ein autoritärer Demokrat einen Wert darin erkennen kann, unter Bedingungen, die er nicht gänzlich kontrollieren kann, in der Öffentlichkeit aufzutreten, da diese Auftritte seiner Herrschaft ein zusätzliches Element von Legitimität, Popularität und potentieller internationaler Anerkennung verleihen. Durch das Anführen dieses Beispiels möchte ich keine Unterstützung für autoritäre Formen der Demokratie zum Ausdruck bringen, sondern lediglich hervorheben – in einer Art, in der ich das in *EOP* nicht getan habe –, dass Okulare Demokratie in autoritären Regimen außerhalb der konventionellen Modelle liberaler Demokratie eine potentielle *progressive* Rolle spielen kann.

IV. DIE RELEVANZ VON OKULARER DEMOKRATIE FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA

Bei der Erwägung, die Idee Okularer Demokratie einem deutschsprachigen Leser/-innenkreis nahe zu bringen, ist es wichtig, sich mit dem potentiellen Einwand auseinanderzusetzen, dass *EOP* ein Buch sei, das auf die amerikanische politische Erfahrung zugeschnitten ist, und das folglich geringere Relevanz für ein europäisches liberal-demokratisches Regierungssystem besitze. Nun war es freilich mein Ziel, eine solche konzeptionelle Enge zu verhindern. Ich habe *EOP* in einer Sprache verfasst, die in hohem Maße vom politischen Prozess einzelner liberal-demokratischer Staaten abstrahiert. Wenngleich auch die USA das am häufigsten aufgeführte Beispiel sind, ist das Buch der Versuch einer generellen Darstellung einer Zuschauerpolitik, die mehr oder weniger in allen liberal-demokratischen Regierungssystemen des 21. Jahrhunderts anzutreffen ist. Nichtsdestotrotz könnte eine Kritik an *EOP* darauf bestehen, dass das darin vorgestellte Konzept mindestens auf zweierlei Weise eher auf die Vereinigten Staaten denn auf Deutschland und andere liberale Demokratien in Europa zutrifft. Ich widerspreche wiederum diesen zwei Kritikpunkten.

Erstens könnten Kritiker/-innen beanstanden, dass *EOP* eine höchst personalisierte Politik voraussetzt und in gewisser Hinsicht weiter befördert, die nicht vereinbar ist mit einer deutschen politischen Kultur, welche, verglichen mit Amerika, eher programmatisch und weniger auf Persönlichkeiten ausgerichtet ist.²⁷ Schließlich ist nicht nur Offenheit selbst ein Wert, der ausdrücklich eher auf die Führungspersönlichkeiten als auf die Gesetze abzielt, eine Konsequenz ausgeweiteter offener Beobachtung von Führungspersönlichkeiten könnte darüber hinaus sehr wohl die Entstehung einer politischen Kultur sein, die sich um Fauxpas, Skandale und andere Sensationsgeschichten dreht, die mehr mit Persönlichkeiten denn mit konkreten Politikinhalten zu tun haben. Ohne die Unterschiede zwischen der amerikanischen und der deutschen politischen Kultur abzustreiten, die hinsichtlich der Rolle der Persönlichkeit in der Politik bestehen, sollte doch anerkannt werden, dass es sich hier eher um graduelle denn um kategoriale Unterschiede handelt. Selbst wenn der Aspekt der Persönlichkeit in der deutschen Politik weniger hervorgehoben wird, so ist er dennoch präsent. Tatsächlich gibt es sogar Anzeichen dafür, dass dieser Aspekt an Bedeutung gewinnt.²⁸ Als ein zu betrachtendes Beispiel wäre die seit der letzten Bundestagswahl einsetzende Entwicklung des weit verbreiteten, bewundernd gemeinten Spitznamens *Mutti* für Kanzlerin Angela Merkel anzuführen. Individuelle Anekdoten beiseite, der Kernpunkt ist schlicht, dass es in jeder liberalen Demokratie individuelle Führungspersönlichkeiten gibt, die ein stark überproportionales Ausmaß an Macht besitzen, welche nie vollständig auf das Parteiprogramm reduziert werden kann, das sie vertreten. Okulare Demokratie zielt nicht darauf ab, die personelle Dimension der Politik auszuweiten, sondern eher darauf, die bereits existierende personelle Dimension zu kontrollie-

27 | Zum Unterschied zwischen Deutschland und den USA hinsichtlich der Personalisierung der Politik, siehe z.B. Boomgaarden, Hajo G./Semetko, Holli A.: »Duell Mann gegen Frau?! Geschlechterrollen und Kanzlerkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung,« in: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hg.): Die Bundestagswahl 2005: Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S. 171-196, 191.

28 | Zur möglichen »Amerikanisierung« der deutschen Politik siehe Wagner, Jochen W: Deutsche Wahlwerbekampagnen made in the USA?: Amerikanisierung oder Modernisierung bundesrepublikanischer Wahlkampagnen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007.

ren – und zu demokratisieren. Okulare Demokratie möchte die politische Kommunikation mächtiger Politiker/-innen weniger propagandistisch machen und sie in größerem Ausmaß dem kritischen Blick unterwerfen, die offene Formen öffentlichen Auftretens mit sich bringen. Und trotzdem ist die Sorge, dass Okulare Demokratie eine inhaltsleere Politik befördern könnte, die sich auf so scheinbar triviale Themen wie das Privatleben von Spitzenpolitikern und Spitzenpolitikerinnen bezieht, berechtigt. Jedoch sollte die Beschäftigung mit dieser Sorge nicht zur Verwerfung Okularer Demokratie führen, sondern eher dazu, sie so auszugestalten, dass sie sich an den jeweils zugrundeliegenden kulturellen Werten eines spezifischen politischen Systems orientiert. In dem Ausmaß also, in dem es in Deutschland eine weit verbreitete Abneigung dagegen gibt, dem Privatleben von Spitzenpolitikern und Spitzenpolitikerinnen Einfluss auf den politischen Diskurs zu erlauben, sind diejenigen, die für Offenheit sorgen sollen – vielleicht in erster Linie die Journalisten und Journalistinnen – dafür verantwortlich, den politischen Führungspersonlichkeiten die Kontrolle über die Voraussetzung ihres öffentlichen Bildes abzurufen, ohne dabei in Trivialitäten abzugleiten. Eine solche Aufgabe mag schwierig sein, aber sie ist nicht unmöglich zu bewältigen, da es keine inhärente Verbindung zwischen Offenheit und Trivialität gibt. Die Bemühung, Spitzenpolitiker/-innen öffentlich unter Bedingungen auftreten zu lassen, die sie nicht kontrollieren, muss das politische Gespräch nicht notwendigerweise von der vermeintlich gewichtigeren, und auf jeden Fall weniger personalistischen Diskussion über Gesetze und politische Inhalte wegführen.

Ein zweiter Bestandteil der Kritik, dass *EOP* eher ein amerikanisches Buch sei und die Theorie Okularer Demokratie nicht so einfach auf Deutschland und andere europäische Staaten anwendbar wäre, betrifft die Frage der Repräsentation. Je mehr man die Funktionalität der Repräsentation bezweifelt, desto größer ist die Attraktivität nicht-repräsentationeller Ansätze wie der Okularen Demokratie. Es könnte hier eingewendet werden, dass, insofern die Krise der politischen Repräsentation eher ein amerikanisches denn ein europäisches Phänomen ist, auch Okulare Demokratie eher auf den amerikanischen denn auf den europäischen Kontext anwendbar ist. Schließlich wird in denjenigen europäischen Demokratien wohl ein höherer Grad an politischer Repräsentation erreicht, in denen – verglichen mit den USA – die Wahlbeteiligung höher ist; das Wählen weniger durch verwirrende Registrierungsregeln behindert wird;

ein geringeres Maß an Einkommensungleichheiten und robustere Sozialsysteme die Entpolitisierung mindern, die durch extreme Armut droht; und, in denen die proportionale Verteilung von Parlamentssitzen Anreize für die Partizipation politischer Minderheiten schafft und die Stimmen der Schwächeren formell mit einschließt. Aber selbst falls es stimmt, dass die durchschnittlichen Europäer/-innen in ihren politischen Gemeinwesen besser repräsentiert werden als ihre amerikanischen Gegenüber, der genaue Grad der Repräsentation, der in europäischen Demokratien erreicht wird, wäre immer noch zu unklar, um ihn auf irgendeine definitive, absolute, unverfälschte Art zu bestätigen. Weil uns heute immer noch ein fundiertes Kriterium dafür fehlt, den Einfluss der öffentlichen Meinung auf die Politik zu messen, weil selbst die überzeugtesten Verteidiger/-innen der Repräsentation fast nie behaupten, diese sei allumfassend oder frei von Widersprüchen, weil gewöhnliche Bürger/-innen zu einer großen Anzahl von Themen keine Meinung haben und daher in diesen Bereichen nicht repräsentiert werden können, weil die jeweilige Regierung dazu beiträgt, genau diejenige öffentliche Meinung zu formen, der gegenüber politische Macht dann wiederum rechenschaftspflichtig und responsiv sein soll und weil die höchsten politischen Führungszirkel offenkundig nach eigenem Ermessen die öffentliche Meinung ignorieren können, selbst wenn diese klar zu sein scheint; aus all diesen Gründen ist es selbst in Europa sinnvoll, traditionelle repräsentationale Ideen mit nicht-repräsentationalen Bestrebungen wie denjenigen, die in der Okularen Demokratie formuliert werden, zu ergänzen.²⁹ Darüber hinaus könnte es im Zusammenhang mit dem Aufstieg der Europäischen Union zu einem immer wichtigeren Schauplatz des europäischen politischen Lebens geschehen, dass der Krise der Repräsentation in Anbetracht dessen, was viele als diese europaweite Institution durchdringendes »Demokratiedefizit« betrachten, eine immer größere Bedeutung zukommt. Da

29 | Für einen aktuellen Überblick zum Niederschlag der öffentlichen Meinung in der Regierungspolitik, der, obwohl er der Funktionsfähigkeit der Repräsentation im Allgemeinen positiv gegenübersteht, die Faktoren anerkennt, die ein absolutes Vertrauen in die Repräsentation verhindern – speziell das Problem des Fehlens eines allgemein anerkannten Standards für die Messung von Meinung, Politik und deren Verhältnis zueinander – siehe Burstein, Paul: »Public Opinion, Public Policy, and Democracy«, in: Leicht, Kevin T./Jenkins, J. Craig (Hg.): *Handbook of Politics: State and Society in Global Perspective*, New York: Springer 2010, S. 63-79.

Repräsentation in keinem politischen Kontext mit absoluter Gewissheit angenommen werden kann – und da Okulare Demokratie zusammen mit traditionelleren repräsentationsorientierten Idealen verfolgt werden kann – glaube ich, dass der Anspruch auf Offenheit zu Recht auch in Deutschland und anderen Europäischen Staaten seine Berechtigung hat.

Natürlich muss hier noch einmal wiederholt werden, was ich im letzten Kapitel von *EOP* festgestellt habe: Ich beanspruche nicht, mit der Verteidigung Okularer Demokratie auch schon ihren vollen Gehalt erfasst zu haben. Vielleicht gibt es neben der Offenheit noch andere Werte, die als zusätzliche, oder übergeordnete Leitnormen für das Empowerment des Volkes in einem Zeitalter des Zuschauens einbezogen werden müssen. Und vielleicht würde eine Beschreibung von okularer Demokratie, die expliziter in europäischen politischen Systemen verankert ist, das Paradigma auf vielerlei unvorhersehbare und lehrreiche Arten weiterentwickeln. Solche Beiträge wären sehr im Sinne des Gedankens, der *EOP* zugrunde liegt, und der eine Weiterentwicklung unseres Verständnisses von Demokratie einfordert – und, wenn möglich zu diesem beitragen möchte. Die Theorie und Praxis demokratischer Institutionen ist nun seit mehr als zwei Jahrhunderten in einer konstanten, größtenteils *progressiven* Entwicklung begriffen, aber eine solche Weiterentwicklung ist weder unausweichlich noch vorherbestimmt, sondern sie ist vielmehr abhängig von der fehlenden Bereitschaft einer demokratischen politischen Kultur, jemals vollständig mit der Demokratie, die sie vorfindet, zufrieden zu sein. Die Theorie der Okularen Demokratie ist in dem gleichen Maße ein Bestehen auf einem Problem, das eine vollständige Zufriedenheit mit unseren liberal-demokratischen Regierungssystemen verhindert – dem Problem, dass die meisten von uns die meiste Zeit bloße Zuschauer/-innen anstatt Entscheidungsträger/-innen im politischen Prozess sind – wie sie auch eine Lösung dieses Problems ist. Okulare Demokratie ist geleitet von dem Glauben daran, dass die konstante Neuformulierung der Bedeutung von Demokratie dem Projekt der Demokratisierung inhärent ist, und von der Gewissheit, dass wir noch nicht hinreichend verstanden haben, was Demokratie überhaupt bedeutet.

Übersetzung: Dominik Hammer

